

Wer braucht schon Filter?!

Selbstzensur in Singapur

Dank Web 2.0 gibt es eine neue »Bedrohung« im Staate Singapur: Social Networks, private Webseitenbetreiber und Blogger!

Franz Güntner

Singapur, der westlich anmutende Stadtstaat im Herzen Südostasiens, ist nicht nur für seine wirtschaftliche Stärke bekannt, sondern auch als Staat drakonischer Strafen und der ständigen Überwachung seiner Bürger. *Privacy International*, eine Menschenrechtsorganisation, die sich mit Verstößen von Regierungen gegen die Privatsphäre ihrer Bürger beschäftigt, kam in ihrem Ranking der 52 »Leading Surveillance Societies around the world« (2007) zu dem Schluss, dass Singapur zu den Ländern gehört, die ihre Bürger einer extensiven Überwachung unterziehen, mit »Bestnoten« in neun von 13 Untersuchungsgebieten. Bei diesem starken Eingriff in die Privatsphäre der Bürger liegt auch die Vermutung nach staatlicher Zensur der Medien nahe.

Einschränkungen des Internets finden mithilfe dreier Komponenten statt: Erstens der technischen Überwachung und Blockierung wie zum Beispiel Firewalls oder Inhaltsfilter, zweitens der gesetzlichen Seite, wie dem *Telecommunications Act*, dem *Official Secrets Act*, dem *Sedition Act* und dem *Internal Security Act*, und drittens der Zensur durch staatliche Behörden.

Direkte Zensur: Der Bericht der OpenNetInitiative

Im Mai 2007 veröffentlichte die *OpenNetInitiative* (ONI, ein Gemeinschaftsprojekt von vier internationalen Universitäten) einen Bericht über die Blockierung von Webseiten in Singapur seitens der Provider. ONI testete dafür die Möglichkeit (internationale) Webseiten von Singapur aus abzurufen. Die Testseiten waren den Bereichen Politik, Soziales, Konflikt/Sicherheit und Internet Tools zuzuordnen. Die Initiative kam dabei zu dem Ergebnis, dass es in drei der vier getesteten Bereiche keinen Beweis der Filterung oder Blockierung von Inhalten gäbe. Lediglich

im Bereich Soziales wurde Singapur in Stufe drei auf einer Skala von eins bis fünf eingeordnet. Und selbst auf diesem Gebiet betrafen die Sperrungen ausschließlich sieben pornographische Webseiten. Außerdem waren die Seiten nur bei den mehrheitlich zur *Temasek Holding* gehörenden Internet Providern *SingNet* und *StarHub* blockiert. Beim Provider *SysTech* waren laut ONI alle Webseiten erreichbar. Durch die nicht durchgängige Sperrung der Webseiten bei allen Providern und aufgrund der Tatsache, dass ähnlicher Inhalt der gesperrten Webseiten auf anderen nicht gesperrten Webseiten verfügbar war, kam die Initiative zu dem Schluss, dass die Blockierung von erotischen Webseiten mehr einen symbolischen als einen präventiven Charakter besitzt.¹

Vorauselender Gehorsam? Selbstzensur in den Medien

Zensur fand in Singapur schon lange vor dem Aufkommen des Internets mittels eines Mix aus Gesetzen und Sanktionen statt. Medien, die gegen die Auflagen verstoßen, werden mittels hoher Geldstrafen empfindlich getroffen. Das Zauberwort der Regierung heißt hierbei meist: Verleumdungsklage. Verboten ist, was die soziale, religiöse oder kulturelle Harmonie stört, sowie Kritik an der amtierenden Regierung, beziehungsweise der amtierende *People's Action Party* (PAP), und Diskussionen über Politiker oder politische Handlungen während der Wahlen.

Durch diese, seit den späten 1980er Jahren praktizierte Form, gegen Dissidenten vorzugehen, hat sich in Singapur eine Kultur der Selbstzensur etabliert. Reporter wissen in der Regel, wie weit sie in ihrer Berichterstattung gehen dürfen. Dies gilt nicht nur für Medien in Singapur; auch ausländischen Medien ist es nicht gestattet, sich in die singapurische Politik einzumischen und diese dadurch zu stören. Bei Verstoß drohen ebenfalls Klage und die Sperrung des Mediums für Singapur.

Ein passendes Beispiel dazu findet sich bei Terence Lee:² Am 4. August 2002 veröffentlichte der Sender *Bloomberg* einen kritischen Beitrag über Singapur auf seiner Webseite. Der Autor bezeichnete darin die Ernennung von Minister Mentor Lee Kuan Yews

Der Autor studiert Kulturwirtschaft mit Schwerpunkt Südostasien in Passau. Er ist Praktikant der Südostasien Informationsstelle.

Schwiegertochter zur neuen Geschäftsführerin der *Temasek Holding* als einen Akt des Nepotismus. Neben der Veröffentlichung auf *Bloombergs* Webseite erschien der Artikel ebenfalls in der malaysischen Zeitung *The New Sunday Times*. In Befürchtung einer Verleumdungsklage zog *Bloomberg* seinen Artikel sofort wieder zurück, entschuldigte sich bei Minister Mentor Lee Kuan Yew, beim damaligen Premier Goh Chok Tong sowie bei dessen Stellvertreter Lee Hsien Loong und bot eine freiwillige Entschädigung in Höhe von 595.000 Singapur-Dollar (circa 310.000 Euro) an. Entschuldigung und Kompensationszahlung wurden akzeptiert und innerhalb von drei Wochen war der Fall geklärt. Hier zeigt sich das, was auch schon seit langem für Offline-Medien im Stadtstaat gilt: Selbstzensur durch die Dissidenten aus Furcht vor einer Geldbuße oder noch Schlimmerem.

Fateha.com: Die »kreativen« Wege der Regierung

Ein anderes Schicksal ereilte die Webseite *Fateha.com*. Das Ziel der Betreiber war es, ein Portal für die malaiische Minderheit in Singapur zu schaffen, in dem nicht nur über lokale Probleme der muslimischen Bevölkerung berichtet und diskutiert werden konnte, sondern auch internationale Themen aufgegriffen wurden, die nicht durch die von der PAP kontrollierten Medien behandelt wurden. Alle Diskussionen sollten ohne die sonst übliche Selbstzensur stattfinden. Das andere große Ziel der Betreiber war es, aktiv auf die Politik der Regierung einzuwirken, um die Situation der Malaien zu verbessern.

Fateha trat zum Beispiel für die Aufhebung des Verbots des Tudungs (Kopftuchs) in Schulen ein und sammelte dazu Unterschriften, die sie dem Präsidenten überreichten. Zu landesweiter Prominenz kam *Fateha* aber, als im Dezember 2001 in Singapur angebliche Mitglieder der radikal-islamischen Organisation *Jemaah Islamiyah* ohne vorherige Gerichtsverhandlung inhaftiert wurden. In einer Pressemitteilung gab *Fateha* zu bedenken, dass es nicht genüge, angebliche Terroristen zu verhaften, sondern dass man dem Grund des Problems nachgehen müsse. Wie die Konzeption der Webseite schon vermuten lässt, war früher oder später ein Zusammenprall mit den Interessen der PAP unvermeidbar: Die Petition zum Tragen von Tudungs kam nicht an die Öffentlichkeit, weil allen Medien in Singapur ein Verbot zur Veröffentlichung der Geschichte auferlegt wurde, und auch die Forderung *Fatehas* nach Distanzierung Singapurs von den amerikanischen und israelischen Angriffen auf Muslime wurde öffentlich so ausgelegt, als forderte *Fateha* einen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Amerika. Mittlerweile hatten sich die Webseitenbetreiber die PAP zum Feind gemacht und die Partei begann ihren Kampf. Im Gegensatz zu anderen Medien und Webseiten hatte

Fateha aber keine Absichten, Gewinne zu erzielen, und auch kein Vermögen, das man einklagen konnte. Deshalb griff die PAP zu anderen Mitteln.

Zulfikar Mohamad Shariff, der Gründer von *Fateha.com*, erklärte, dass die ständigen Attacken der PAP, die eine Politik der Einschüchterung betriebe, einen Bruch innerhalb der Mitglieder auslöse und sie dadurch begännen, ihre Beteiligung an *Fateha* zu leugnen. Einige Mitglieder standen unter ständiger Beobachtung, und ihre Wohnungen und Kommunikationsmittel wurden überwacht. Andere wurden von Verwandten darüber informiert, dass die PAP ihre Namen auf schwarzen Listen an andere Organisationen weitergegeben hatte. Bürger, die als Mitglieder von *Fateha* erkannt wurden, sahen sich einem Verlust von Kunden oder ihrer Jobs gegenüber. Doch die Angriffe gingen noch weiter: Im Januar 2002 bekam der Gründer einen Anruf, er solle innerhalb einer Woche Singapur verlassen, andernfalls würde man ihm und seiner Familie Schaden zufügen. Dasselbe erfolgte bei seiner Frau. Als sich die Situation weiterhin verschärfte, beschloss er daher mit seiner Familie nach Australien zu gehen. Doch auch hier erreichte ihn der lange Arm Singapurs: Als er seinen Reisepass verlängern wollte, wurde dieser statt für zehn Jahre nur für ein Jahr verlängert. Er sollte damit an der kurzen Leine gehalten werden. Auch nach Zulfikar Mohamad Shariffs Flucht nach Australien blieb *Fateha* aktiv, jedoch mit einigen Änderungen: Zunächst wurde die Zentrale ins Ausland verlegt und das vormals bekannte redaktionelle Team von den neuen Editoren durch ein anonymes ersetzt. Zulfikar Mohamad Shariff schrieb weiterhin Kommentare aus dem Ausland, jedoch, so stellte er dar, sei es ihm durch seine Abwesenheit schwer gefallen, die Stimmung in Singapur zu fühlen und damit die Hintergründe zu bestimmten Themen zu verstehen.

Als sein Artikel über *Fateha* 2004 veröffentlicht wurde, war die Zukunft des Portals noch ungewiss. Heute ist *Fateha.com* geschlossen. Was zeigt dieses Beispiel? Die Möglichkeiten der PAP, unliebsame Bürger unter Druck zu setzen oder mundtot zu machen, reichen sehr viel tiefer, als es Justitia zulässt. Kann man den Abtrünnigen wirtschaftlich nicht schaden, bleiben noch mindestens Drohungen gegen Leib und Leben, erzwungene Auswanderung, Schädigung der Reputation, Verlust des Jobs und der sozialen Stellung. Hier zeigt sich auch, wie schnell und wie stark Rechtsstaatlichkeit in Singapur durch die Regierung eingeschränkt wird und wie groß der Druck der Regierung auf jeden einzelnen Bürger werden kann.³

Aus diesem Grund spielen die singapurischen Blogger oft nur auf Personen des öffentlichen Interesses an, ohne deren wirkliche Namen zu nennen. Webseiten mit Ursprung aus Singapur müssen sich seit einiger Zeit bei der *Media Development Authority* (MDA) registrieren lassen. Zu diesem Zweck muss

man ein zehnteitiges Formular ausfüllen, das nicht nur die Zielgruppe der Webseite abfragt, sondern auch die Anschrift und den finanziellen Status. Damit will die Regierung die Blogger aus der Anonymität holen, um den Druck auf sie verstärken zu können. Der Wille, öffentlich Kritik vom Computer aus zu äußern, wird schwächer, wenn man die MDA hinter sich sitzen und über die Schulter sehen fühlt.

Yawning Bread: Der Fall Alex Au Waipang

Ein etwas anderes Bild zeigt die Geschichte von Alex Au Waipang, einem der ersten Blogger Singapurs. Schon seit 1996 betreibt er in seinem Heimatland einen Weblog, in dem er sich für die Gleichberechtigung von Homosexuellen in Singapur einsetzt.

Im Gegensatz zu vielen Bloggern in Singapur lebt Alex Au Waipang nicht in Anonymität. Auf seiner Webseite stellt er nicht nur sich selbst und seine Meinung, sondern auch seine Eltern und Familienangehörigen vor. Zu Beginn habe er jeden Moment damit gerechnet, dass irgendwann die Polizei vor seiner Tür stehe, so Au im Januar 2008 gegenüber dem auf IT und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft spezialisierten Nachrichtenportal, *heise.de*. Aber mittlerweile sei ihm klar geworden, dass die Internet- und Kommunikationsgesetze nicht dazu gedacht waren, wirklich durchgesetzt zu werden. Laut des Bloggers habe es bisher nur einen Fall im Jahr 2005 gegeben, bei dem drei Leute angeklagt worden seien. Diese hätten, so Au weiter, aber auch extrem rassistische Propaganda betrieben.

Sein Weblog *Yawning Bread* verzeichnet rund 10.000 Klicks pro Woche. Damit gehört seine Seite zu den meistbesuchten einheimischen Webseiten. Auch Politiker gehören zu seinen Lesern. Gegenüber *heise.de* berichtete er: »Zum ersten Mal habe ich das von einem Bekannten erfahren, der mir erzählte, dass meine Seite regelmäßig in der wöchentlichen Pressezusammenfassung für das Kabinett auftaucht. Einmal bekam ich eine Email von einem Minister, der sich beschwerte, dass ich zu schlecht über ihn geschrieben hätte.«⁴

Schließlich zeigt der Fall *Yawning Bread* noch etwas anderes: Man wird nicht sofort verhaftet, wenn man über kritische Themen, wie hier Homosexualität und Sex, schreibt. Geschlechtsverkehr zwischen Män-

nern steht in Singapur immer noch unter Strafe. Allerdings lenkt Alex Au Waipang am Ende ein: »... bisher hat die Regierung noch nicht zu Repressalien gegriffen. ... Ich kann mir vorstellen, dass sie in einer angespannten politischen Situation, etwa während eines Wahlkampfes, die Spielregeln plötzlich ändern.«

Auch wenn direkte Zensur in Form von Sperrungen von Webseiten in Singapur tendenziell selten betrieben wird, bedeutet dies nicht, dass keine Zensur stattfindet. Singapur, das einen großen Teil seines wirtschaftlichen Erfolges auf modernen Technologien aufbaute, kann es nicht einfach den Burmesen

gleich tun und das Internet abschalten. Zu groß wären Reputationsverlust und wirtschaftliche Einbußen. Allerdings hat sich durch eine Art psychologische Kriegsführung, mit der die Regierung seit Jahren ihren Bürgern Angst einjagen will, eine Kultur der Selbstzensur entwickelt. Diese äußert sich in einem übereifrigen Gehorsam gegenüber der Regierung oder zumindest der Angst vor einer Anklage. Wenn direkte Zensur zu reputations-

schädigend ist und Selbstzensur nicht wirkt, gibt es noch andere Wege: Im Falle *Fatehas* waren dies ausgesprochen kreative Methoden der Regierung, die Kritiker zum Schweigen zu bringen. Das Beispiel von *Yawning Bread* zeigt aber auch, dass gewisse Kritik durchaus möglich ist. Allerdings, sei hier eingewandt, betätigt sich Alex Au Waipang überwiegend in einem Seitenbereich der Gesellschaft.



Freie Meinungsäußerung wird umso gefährlicher, je stärker einem die Behörden über die Schulter sehen.

Anmerkungen

- 1) <http://opennet.net/research/profiles/singapore>, 5.2.2010
- 2) Lee, Terence: Emulation Singapore: towards a model of Internet regulation, in: Asian Cyberactivism. Freedom of Expression and Media Censorship, hrsg. V. Gan, Steven et al., Singapur, 2004.
- 3) Zulfikar Mohamad Shariff: Fateha.com: challenging control over Malay/Muslim voices in Singapore, in: Asian Cyberactivism. Freedom of Expression and Media Censorship, hrsg. V. Gan, Steven et al., Singapur, 2004.
- 4) <http://www.heise.de/tp/tr4/artikel/27/27074/1.html>, 16.2.2010